



Stadt Backnang Sitzungsvorlage

N r . 127/18/GR

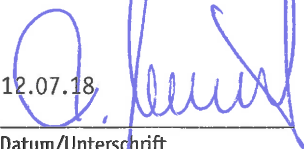
Federführendes Amt	Haupt- und Personalamt		
Behandlung	Gremium	Termin	Status
zur Beschlussfassung	Gemeinderat	26.07.2018	öffentlich

Anträge der Fraktionen/Stadträte

- Städtischer Vollzugsdienst - Prüfung der Notwendigkeit einer Erhöhung der Mitarbeiterzahl

Beschlussvorschlag:

Der Antrag Nr. 345 der CDU-Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Haushaltsrechtliche Deckung		HHSt.:					
Haushaltsansatz:				EUR		EUR	
Haushaltsrest:				EUR		EUR	
Verpflichtungsermächtigung für Ausgaben im folgenden Jahr:				EUR		EUR	
Für Vergaben zur Verfügung:				EUR		EUR	
Aufträge erteilt (einschl.vorst.Vergabe):				EUR		EUR	
Noch freie Mittel/über bzw. außerplanmäßige Ausgaben:				EUR		EUR	
Amtsleiter:		Sichtvermerke:					
12.07.18  Datum/Unterschrift		I	II	III	10	20	
		Kurzzeichen Datum					

	Anträge der Fraktionen/Stadträte	N r . AN/345/17
---	---	-----------------------------

Antragsteller	CDU-Fraktion
Antragsdatum	07.12.2017

Betreff:

Städtischer Vollzugsdienst - Prüfung der Notwendigkeit einer Erhöhung der Mitarbeiterzahl

Stellungnahme:

Seit 2015 wurden die Stellenanteile der städtischen Vollzugsbediensteten regelmäßig erhöht. Grundlage hierfür war der Aufgabenzuwachs in verschiedenen Bereichen wie zum Beispiel die Zunahme von illegalen Müllablagerungen und die Überwachung des Straßenverkehrs, als auch die Verstärkung des abendlichen Streifendienstes.

Die Stellenanteile der städtischen Vollzugsbediensteten haben sich seit 2015 wie folgt verändert:

2015 = 7 Vollzeitstellen

2016 = Erhöhung um 1 Vollzeitstelle auf insgesamt 8 Vollzeitstellen

2018 = Erhöhung um 2 weitere Vollzeitstellen auf insgesamt 10 Vollzeitstellen

Derzeit sind 8 städtische Vollzugsbedienstete und ein Schutzhund im Einsatz. Auf Grund des sehr angespannten Arbeitsmarktes konnten bisher zwei offene Stellen nicht besetzt werden. Die Verwaltung wird alles dafür tun, die Stellen schnellst möglichst qualifiziert zu besetzen.

Bei unverändertem Aufgabenzuschnitt sind die aktuellen Stellenanteile aus Sicht der Verwaltung ausreichend. Dies entspricht auch den Ergebnissen der im Jahr 2016 durchgeführten Organisationsuntersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg. Bei Veränderung des Aufgabenzuschnitts ist eine Erhöhung der Stellenanteile jeweils anlassbezogen zu prüfen.

Amtsleiter:	Sichtvermerke:			
 04.07.18 Datum/Unterschrift:	I  5.7.18 Kurzzeichen/Datum:	II	III	10

CDU-Fraktion

Gemeinderat 07.12.17

Antrag – Nr.
345
Erledigung oder Zwischenbescheid erbeten bis
über Amt 10 an I

Verteiler:

I

II

~~IV~~

10

30

Die Stadtverwaltung prüft, ob es notwendig ist, die Anzahl der städtischen Vollzugsbeamten zu erhöhen.